

chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Pressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Satz: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Dienstag, 14. November 1989**

**Blatt 2551**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

**Kommunal/Lokal:**

- Wiener Stadtentwicklungs-Symposium (2552/2553/FS: 13.11.)
- Ausstellung über den Wienerberg (2554)
- Verdienstzeichen für Bezirkspolitiker (2556)
- Fleischskandal um Tiefkühlware NICHT im kommunalen Schlachthof St. Marx (2557)
- Zilk: Ganztägige Schulformen Anliegen zehntausender Familien! (2559/2560)

**Bezirke:**

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (2554)

**Kultur:**

- Konzertante Uraufführung der Oper „Verdammte Engel“ von Karlheinz Schrödl (2555)

**Sport:**

- Serviceleistung für DDR-Fußballanhänger (2558)

## Wiener Stadtentwicklungs-Symposium

Wien, 13.11. (RK-KOMMUNAL) Fünf Jahre nach der Beschlußfassung des Wiener Stadtentwicklungsplanes findet heute, Montag, und Dienstag, ein international besetztes Stadtentwicklungssymposium im Wiener Rathaus statt. Im Rahmen dieses Symposiums nahmen Wiens Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA sowie Referenten des Symposiums in einer Pressekonferenz zu Grundsätzen der städtischen Entwicklung Stellung.

### Elf Anmerkungen zur Entwicklung Wiens

Stadtrat Swoboda präsentierte auf dem Symposium seine grundsätzlichen Vorstellungen zur weiteren Entwicklung der Bundeshauptstadt:

1. Wien verliert durch die Veränderungen im Zentrum Europas seine Randlage. Es erhält dadurch mehr Chancen nicht zuletzt durch die Teilnahme am zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung. Wien erwächst aber auch mehr Konkurrenz z.B. durch Budapest, aber auch durch ein zusammengrücktes Berlin.
2. Wien darf wieder auf ein Bevölkerungswachstum hoffen. Es muß für die Einwohner Wiens, aber auch für Einwohner aus der Region — auch außerhalb Österreichs — neue Arbeitsplätze schaffen.
3. Die Zunahme der regionalen Verflechtung bedeutet mehr Verkehr. Wollen wir unseren ökologischen Standard beibehalten, ja sogar erhöhen, muß der öffentliche Verkehr in Wien und der Region drastisch ausgebaut werden.
4. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems ist durch eine weitaus konsequentere Parkraumpolitik zu ergänzen. Dies muß beinhalten: Den Ausbau von 15.000 bis 20.000 Park & Ride-Stellplätzen in der Region bis 1995, die kontinuierliche Schaffung von Parkraum für die Wohnbevölkerung und eine stärkere Parkraumbewirtschaftung, die den „be-lohnt“, der das Auto möglichst wenig — insbesondere im täglichen Berufsverkehr — verwendet!
5. Wien ist an einem Zentralbahnhof interessiert, insoweit dadurch die regionale und innerstädtische Versorgung mit öffentlichem Verkehr verbessert wird!
6. Bei stabiler Bevölkerungsanzahl — noch mehr bei steigender Einwohneranzahl — muß neues Bauland geschaffen werden, will man die Strategie der sanften Stadterneuerung beibehalten. Dies kann durch die innere Stadterweiterung d. h. durch die Nutzung untergenutzter Flächen (z.B. Nordbahnhof) geschehen bzw. durch die Heranziehung von Flächen entlang bestehender bzw. neuer leistungsfähiger Linien des öffentlichen Verkehrs.
7. Großprojekte wie die EXPO bzw. die Nachnutzung des EXPO-Geländes müssen in die Stadtentwicklung eingebunden werden und dürfen nicht als Megaprojekte akzeptierte Stadtstrukturen zerstören!
8. Die Raumverträglichkeit von Projekten mit spezifischen Umwelt- und Verkehrswirkungen (wie z.B. größere Einkaufszentren, Hotels mit stärkerer Busfrequenz etc.) muß eingehend und transparent geprüft werden. Die Bauordnung ist demgemäß zu novellieren.
9. Stadtplanung ist nicht nur für die Menschen dieser Stadt zu betreiben, sondern weitgehend auch mit den Bürgern. Dies setzt frühzeitige Information und Diskussionsbereitschaft voraus. Dennoch können nicht alle Wünsche erfüllt werden. Entscheidungen müssen aber im Bewußtsein der Konsequenzen auf lokaler und gesamtstädtischer Ebene getroffen werden.
10. Eine Planung, die dem öffentlichen Verkehr Priorität einräumt, damit verbunden Bauland für Wohnungen und Arbeitsplätze ausweist und die sanfte Stadterneuerung unterstützt, hilft auch der abzulehnenden Ghettoisierung von sozial Schwachen, Alten, Behinderten, Ausländern etc. entgegenzuwirken.

Bereits am 13. November 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

11. Wien ist modernen Entwicklungen, neuen Technologien, Investitionen aus dem Ausland gegenüber offen! Dennoch wollen wir nicht eine weitere „Einheitsstadt“ werden. Die kulturelle Vielfalt, die die Mitte Europas auszeichnet, soll durch die offenen Grenzen nicht verlorengehen. Ein großes Ausmaß an Gleichheit der Lebenschancen und kulturelle Vielfalt sind keine Gegensätze.

(Schluß) red/bs/rr

Forts. von Blatt 2552

## **Ausstellung über den Wienerberg**

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Mit der Vergangenheit, vor allem aber mit der Zukunft des Wienerbergs beschäftigt sich eine Ausstellung, die morgen, Mittwoch, um 17 Uhr in der Planungswerkstatt (Friedrich-Schmidt-Platz 9) eröffnet wird. Bei der Ausstellungseröffnung werden die Stadträte Rudolf EDLINGER, Johann HATZL, Dr. Michael HÄUPL und Dr. Hannes SWOBODA sowie Bezirksvorsteher Leopold PRUCHA anwesend sein. (Schluß) ger/rr

## **Sitzungen von Bezirksvertretungen**

Wien, 14.11. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

- Hietzing: Mittwoch, 15. November, 18 Uhr, BV 13, Hietzinger Kai 1-3;
  - Brigittenau: Mittwoch, 15. November, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;
  - Landstraße: Donnerstag, 16. November, 16 Uhr, BV 3, Karl-Borromäus-Platz 3;
  - Rudolfshiem-Fünfhaus: Donnerstag, 16. November, 16.30 Uhr, BV 15, Gasgasse 8-10;
  - Margareten: Dienstag, 28. November, 15 Uhr, BV 5, Schönbrunner Straße 54;
  - Josefstadt: Mittwoch, 29. November, 17 Uhr, BV 8, Schlesingerplatz 4.
- (Schluß) red/rr

## **Konzertante Uraufführung der Oper „Verdammte Engel“ von Karlheinz Schrödl**

Wien, 14.11. (RK-KULTUR) Am 16. November um 19 Uhr, kommt im Brahmsaal des Wiener Musikvereins die Oper „Verdammte Engel“ von Karlheinz SCHRÖDL zur konzertanten Uraufführung. Das Libretto zu diesem Werk stammt von Heinz R. UNGER.

Es spielt das Ensemble Kontrapunkte unter Peter KEUSCHNIG; Christine WITTLESEY, Sopran, Fred SILLA, Tenor, Robert HOLZER, Baß und Paul WOLFRUM, Bariton, sind die Solisten der Aufführung, die auf Initiative des Kulturvereins Innere Stadt stattfindet.

Karten zum Preis von 80 bis 160 Schilling sind an der Musikvereinskasse erhältlich. (Schluß) gab/bs

## **Verdienstzeichen für Bezirkspolitiker**

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Im Festsaal der Bezirksvorstehung Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, überreichte Montag abend Stadträtin Christine SCHIRMER Verdienstzeichen.

Folgende verdiente Funktionäre wurden mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien ausgezeichnet: Bezirksrat a.D Karl DOMESLE, Bezirksrat a.D. Ing. Anton FEIGE, Bezirksrat Heinrich HORNIAC, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Franz KOLLAR, Bezirksrätin a.D. Stefanie KUBIK, Bezirksrat Fritz PLASSER und Bezirksrat Franz WALLISCH.

Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten: Bezirksrat Ludwig BACHINGER, Bezirksrat Raimund BESENBÖCK, Bezirksrätin Erna COUFALIK, Bezirksrat Walter DARMSTÄDTER, Bezirksrat a.D. Hofrat Josef GALL, Bezirksrat Johann GUTH, Bezirksrat a.D. Johann KADNAR, Bezirksrat Dipl.-Ing. Werner KAFFAREK, Bezirksrat a.D. Gemeinderat Karl KAMMERER, Bezirksrat Adolf KARGER, Bezirksrat a.D. Hans KELLER, Bezirksrätin a.D. Margarete KULMANN, Bezirksrat Dr. Gottfried MOLD, Bezirksrat Werner RATH, Bezirksrat Johann RÖMER und Bezirksrat Norbert WALTER. (Schluß) red/bs

## **Fleischskandal um Tiefkühlware NICHT im kommunalen Schlachthof St. Marx**

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Der heute, Dienstag, in einer Wiener Tageszeitung erwähnte Fleischskandal in Zusammenhang mit Tiefkühlware, die nach Jugoslawien exportiert werden sollte, hat NICHTS mit dem städtischen Schlachthof St. Marx zu tun. Darauf wies die zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ ausdrücklich hin.

Bei den rund 80 Tonnen Fleisch, die bereits im Sommer an der jugoslawischen Grenze zurückgeschickt worden waren, handelt es sich um Fleisch, das aus Oberösterreich nach Wien gebracht wurde, also auch nicht im Schlachthof St. Marx geschlachtet wurde. Die Ware wurde vor der Einlagerung im Kühlhaus der Frigoscandia vom Amtstierarzt und von Vertretern der Vieh- und Fleischkommission geprüft (vom Amtstierarzt bezüglich hygienischer Bedingungen, Verderbenheit usw., von der Kommission, ob das Fleisch den Ausschreibungsbedingungen für den Export entsprach) und war damals vollständig in Ordnung. Es wurde daraufhin eingefroren. Beim Export an der jugoslawischen Grenze entdeckte man, daß die Ware teilweise nicht einwandfrei war. Wieso dies zustande kam, wird derzeit von der Wirtschaftspolizei untersucht.

Der Schlachthof St. Marx hat mit der Angelegenheit jedenfalls absolut nichts zu tun. Zwar befinden sich Kühlhäuser der Frigoscandia in der Nähe des Schlachthofes St. Marx, sind aber kein Teil dieses kommunalen Schlachtbetriebes. (Schluß) hrs/rr

## **Serviceleistung für DDR-Fußballanhänger**

Wien, 14.11. (RK-SPORT) Für jene Fußballanhänger aus der DDR, die am Mittwoch nach Wien kommen und keine Karten mehr erhalten, ist vom ÖFB in Zusammenarbeit mit Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL für ein Ersatz-Service gesorgt: Im nahegelegenen Dusika-Stadion besteht bei kostenlosem Eintritt die Möglichkeit, das WM-Qualifikationsspiel Österreich - DDR über eine Videowand zu verfolgen. Die Stadt Wien hat dazu die Halle, die 6.000 Personen faßt, kostenlos zur Verfügung gestellt. (Schluß)  
hof/rr

## **Zilk: Gantztägige Schulformen Anliegen zehntausender Familien!**

### **Kritik am Entwurf des Unterrichtsministeriums**

Wien, 14.11. (RK-KOMMUNAL) Die Frage gantztägiger Schulformen ist keine schulpolitische Streitfrage mehr, sondern ein wichtiges Anliegen zehntausender Familien, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in einer Pressekonferenz.

Die Forderung nach einer Nachmittagsbetreuung entspringt aus der Beschäftigungsstruktur der Familien, insbesondere dem hohen Prozentanteil berufstätiger Frauen.

In Wien gibt es Schätzungen, wonach bis zu 60 Prozent der Eltern mit schulpflichtigen Kindern nachmittagsbetreuende Schulformen wünschen.

Daher ist es positiv, daß mit dem vom Unterrichtsministerium ausgesandten Entwurf (Novelle zum 12. Schulorganisationsgesetz) diese Frage (die im Koalitionsabkommen der Großparteien ja enthalten ist) endlich doch angeschnitten wird.

### **Entwurf unbefriedigend – breite Ablehnungsfront**

Allerdings ist der Entwurf des Unterrichtsministeriums in zentralen Punkten so unbefriedigend, daß sich Wien in die breite Ablehnungsfront von Lehrern, Eltern, privaten Schulerhaltern und anderer Bundesländer einreihen muß, sagte Zilk.

Im einzelnen ist festzustellen:

- der Gesetzesentwurf enthält keinerlei Kostenrechnung. In den erläuternden Bemerkungen heißt es lakonisch: „Das Ausmaß der Kosten hängt davon ab, an welchen Standorten von den Schulerhaltern gantztägige Schulformen eingerichtet werden!“

Und:

„Für den Bundesbereich wird sich ... kein Mehraufwand ergeben!“

- Die Kosten sollen einmal mehr auf Länder, Gemeinden, private Schulerhalter und Eltern abgewälzt werden.

Der Gesetzesentwurf dazu:

„Für die Länder und Gemeinden kann sich ein Mehraufwand ergeben, weil gantztägige Schulformen an Standorten eingerichtet werden, an denen die einrichtungsmäßigen Voraussetzungen nicht gegeben sind, sodaß ein Investitionsaufwand erforderlich wird.“

- Die Eltern sollen einen Zuschußbetrag von 900 Schilling im Monat vorgeschrieben bekommen (dazu werden noch ca. 800 Schilling Verpflegungskosten kommen).

Im Gesetzesentwurf dazu:

„Durch diese Elternbeteiligung ist es möglich, gantztägige Schulformen ... ohne budgetäre Mehrbelastung (d.h. für den Bund) anzubieten.“

Die Frage ist, ob damit nicht das Prinzip der Schulgeldfreiheit aufgehoben wird!

- Länder, Gemeinden und private Schulerhalter sollen finanzschwachen Eltern helfen!

Im Gesetzesentwurf:

„Wo aus Gründen der (mangelnden) finanziellen Leistungsfähigkeit von Eltern keine Beträge eingehoben werden können, wird ein Mehraufwand der Länder und Gemeinden nötig sein.“

Die soziale Staffelung des Elternbeitrags oder dessen völlige Erlassung soll damit ausschließlich Sache der Länder, Gemeinden und privaten Schulerhalter sein.

- Der Großteil der Personalkosten wird von den Schulerhaltern zu bezahlen sein.

Das bedeutet, daß z.B. im Bereich der Volksschulen 70 Prozent der Personalkosten von Ländern, Gemeinden oder privaten Schulerhaltern zu bezahlen sind.

- Der Entwurf des Unterrichtsministeriums nimmt keinerlei Rücksicht auf die in Wien bereits bestehenden Ganztagschulen (an 14 allgemeinbildenden Pflichtschulen).

Diese Standorte wurden (nach eigenen Architektenwettbewerben) unter großen finanziellen Beiträgen der Stadt Wien geschaffen.

Die in ihnen gewonnenen Erfahrungen fließen überhaupt nicht in den Gesetzesentwurf des Unterrichtsministeriums ein.

Wenn das Unterrichtsministerium an diesem Gesetzesentwurf festhält, dann kämen Eltern, die das Pech haben, in einer finanzschwachen Gemeinde zu wohnen, vermutlich nie in die Lage, für ihr Kind eine ganztägige Betreuung wählen zu können.

Diese Feststellung gilt sicher auch für den nicht unbedeutenden Bereich der Privatschulen, wo die Schulerhalter (z.B. die Katholische Kirche) ebenfalls vor schwerwiegende Probleme gestellt werden.

Das Land Wien hat keine andere Wahl, als sich der breiten Ablehnung dieses Gesetzesentwurfes (er reicht von Lehrer- und Elternverbänden über private Schulerhalter bis zu anderen Bundesländern) einzureihen, schloß der Bürgermeister. (Forts. mgl.) red/rr